

Keine Freiheit ohne innere Sicherheit

Factsheet Innere Sicherheit

Mit der tiefsten Kriminalitätsrate Europas galt die Schweiz lange als Vorbild in Sachen Sicherheitspolitik. Die Situation hat sich in den letzten Jahren verändert. Straftaten insbesondere in den Städten erreichen Spitzenwerte und besonders die Grenzkantone leiden unter Kriminaltourismus. Den Sicherheitsbedürfnissen unserer Gesellschaft ist oberste Priorität einzuräumen. Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist und bleibt Kernaufgabe des Staates. Sie kann nicht Dritten übertragen werden.

1 Externe Herausforderungen

- › Besorgniserregende Kriminalitätsraten
- › Zunehmender Kriminaltourismus
- › Benutzung neuer Technologien und Interaktionsmöglichkeiten zur Begehung von Straftaten (Cyberkriminalität)
- › Überlastung der Strafvollzugsinstitutionen
- › Durchsetzung religiöser Ansichten

2 Unsere Forderungen

Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum

- › Optimierung der personellen und finanziellen Ressourcen zur Gewährleistung der Sicherheit
- › Verwendung von Videoüberwachung an gefährlichen Orten
- › Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Gemeinden, Kantone und des Bundes (einschliesslich das Grenzwachtkorps) sowie mit den ausländischen Behörden

Gesetzesrevisionen und Vollzugsverbesserungen

- › Erfolgreicher Abschluss der Revision des Sanktionenrechts im Strafgesetzbuch
- › Anpassung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und der Strafprozessordnung an die technische Entwicklung mit dem Ziel, nicht mehr, sondern besser überwachen zu können
- › Identitätsdiebstahl im Internet strafbar machen
- › Zur Entlastung der Gefängnisse und Reduktion der Vollzugskosten sind ausländische Häftlinge vermehrt zur Strafverbüsung in ihre Heimat zu überstellen

3 Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Wesentliche FDP-Forderungen in Bezug auf das Strafgesetzbuch wurden bei der laufenden Revision berücksichtigt, wie zum Beispiel die Wiedereinführung von kurzen Freiheitsstrafen
- › Einführung gerichtlicher Verfahren gegen vorbestrafte Täter und Kleinkriminelle
- › Der Schutz der Privatsphäre, insbesondere mit der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre»

- › Federführung in den Kantonen bei Umsetzung von Integrationsvereinbarungen oder bei der Zusammenarbeit von Gemeinden und Sportclubs zur Bekämpfung des Hooliganismus
- › Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT): Künftig kann die Polizei präventiv eingreifen, wenn es konkrete Hinweise gibt, dass von einer Person Terror-Gefahr ausgeht. Die FDP spielte mit der zuständigen Bundesrätin Karin Keller-Sutter und dem Engagement der Partei eine zentrale Rolle in den Parlamentsdebatten und bei der erfolgreichen Referendumsabstimmung.